

Antrag Nr. 07-F-01-0010

SPD-Fraktion

Betreff:

Wiesbadener Busverkehr in Wiesbadener Hand
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.01.2007 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, die Anteile der Hamburger Hochbahn an der WiBus zu übernehmen und diese als hundertprozentige Tochter zu führen, da die mit der Beteiligung der Hochbahn verbundenen Erwartungen an ein attraktives und leistungsfähiges Nahverkehrsangebot nicht erreicht wurden und nun mehr auch noch eine Fremdsteuerung durch Finanzinvestoren droht.
- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, künftig von der Möglichkeit so genannter 'Inhouse-Vergaben' Gebrauch zu machen und wieder ESWE Verkehr direkt mit den Nahverkehrsleistungen zu beauftragen, denn Verkehrspolitik für Wiesbaden muss in Wiesbaden gemacht werden, nicht in Hamburg.
- Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt ferner die laufenden Verhandlungen zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband mit dem Ziel, zu einem einheitlichen Branchentarifvertrag zu kommen, der für alle WiBus-Fahrer Anwendung finden soll.
- Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer nächsten Sitzung zu berichten, welche Möglichkeiten er sieht, dieses Ziel kurzfristig zu erreichen.

Begründung:

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung am 19. Okt. 2006 klar gestellt, dass auch subventionierte Buslinien nicht nach Europarecht ausgeschlossen werden müssen. Gleichzeitig soll nach der sich im Geschäftsgang befindlichen EU-Richtlinie Rechtsicherheit für sogenannte "Inhouse Vergaben" geschaffen werden. Diese Tendenzen zeichneten sich schon durch die im März 2006 geänderte Erlass-Lage des Landes Hessen ab.

Die Möglichkeiten der Direktvergabe muss Wiesbaden nutzen, um langfristig den Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und der Region ein verlässliches öffentliches Verkehrsangebot sichern zu können - bei auskömmlichen Löhnen für die Beschäftigten. Dabei muss sichergestellt sein, dass über Verkehrskonditionen in Wiesbaden und nicht in Hamburg entschieden wird.

Nachdem die EU nun doch keine Ausschreibung fordert, gibt es überhaupt keinen Grund mehr, Nahverkehre in unserer Stadt bzw. einzelne Linienbündel europaweit auszuschreiben. Wir brauchen WiBus nicht, damit dieses Unternehmen sich in Konkurrenz mit anderen Busunternehmen – vielleicht aus Süd- oder Osteuropa – um Ausschreibungen in Wiesbaden bewirbt. Dazu kommt, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass WiBus, um den Konkurrenzkampf zu gewinnen, mittelfristig weiter am Personal und an der Ausstattung der Busse spart oder "sparen muss".

Die Kosten europaweiter Ausschreibungen können gespart werden und erst recht können den Bürgerinnen und Bürgern die Unwägbarkeiten solcher Ausschreibungen "erspart" bleiben.

Antrag Nr. 07-F-01-0010

SPD-Fraktion

Die Stadt muss sich wieder die volle Verantwortung für ein verlässliches Nahverkehrsangebot im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Interesse des Handels und der Wirtschaft übernehmen. Deshalb sind umgehend Vorbereitungen zu treffen, dass beim Auslaufen der nächsten Konzessionsverträge diese ohne europaweite Ausschreibung direkt an eine städtische Gesellschaft, die sich ausschließlich auf den eigenen lokalen Nahverkehr konzentriert, also an ESWE Verkehr, übertragen werden können.

Begründung:

Wiesbaden, 31.01.2007

gez.

F.d.R.

Elke Wansner
Fraktionsvorsitzende

Christian Lahr
Fraktionsassistent